

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen
Forschung
Band: 24 (2012)
Heft: 95

Artikel: Das Ende der Segmentierung
Autor: Pellegrini, Xavier
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-967934>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Ende der Segmentierung

Angesichts der starken Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit haben die europäischen Staaten ihre Wohlfahrtsregimes fusioniert. Die Schweiz hinkt hinterher. *Von Xavier Pellegrini*

In Grossbritannien will David Cameron den Rubikon überschreiten: Seine Regierung plant, sämtlichen Empfängerinnen und Empfängern staatlicher Finanzhilfen im erwerbsfähigen Alter künftig unabhängig von ihrem Status denselben Betrag auszuzahlen («universal credit»). Es wird Verlierer geben, deshalb ist das Vorhaben umstritten.

Der Fall unterstreicht die Aktualität einer Untersuchung zweier Forscher des Hochschulinstituts für öffentliche Verwaltung der Universität Lausanne (Idheap). Giuliano Bonoli und Cyrielle Champion

Erniedrigender Gang zum Amt: Arbeitslose betreten in London ein Job-Centre (2009).
Bild: Stephen Hird/Reuters

zeigen in ihrer Studie zur Neugestaltung der Binnenstrukturen der wohlfahrtsstaatlichen Regimes in Westeuropa, dass deren Segmentierung ein weit verbreitetes Merkmal ist, das sich historisch leicht erklären lässt. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts mussten die Staaten sukzessive auf unterschiedliche soziale Risiken reagieren, denen Personen im arbeitsfähigen Alter ausgesetzt waren und sind: kurz- oder langfristige Arbeitslosigkeit, Invalidität, Erwerbsunfähigkeit oder zu tiefes Einkommen (Sozialhilfe). Für jeden dieser Fälle sind spezifische Leistungen vorgesehen. Eine Zusammenarbeit zwischen den je zuständigen Institutionen bestand lange Zeit fast überhaupt nicht.

Risikobehaftetes Thema

Diese segmentierte Architektur ist infolge sozioökonomischer Entwicklungen überholt, an erster Stelle wegen der starken Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit. Personen, die das zeitlich befristete Regime der Arbeitslosenversicherung verlassen, geraten in die Abhängigkeit anderer Regimes, beispielsweise der Sozialhilfe und der Invalidenversicherung, deren Hauptzweck nicht der berufliche Wiedereinstieg ist. Doch bildete gerade dieser Wiedereinstieg – und zwar auch von Personen, die dem Arbeitsmarkt lange ferngeblieben sind – das Herzstück der Politiken der vergangenen zwanzig Jahre. Die Rezepte waren unterschiedlich: von der Schulung des Sozialhilfepersonals in Sachen Wiedereinstieg, was die Beibehaltung der Segmentierung bedeutet, über verschiedene Kooperationsmodelle bis zur Fusion von Diensten. Die Schweiz ist eines jener Länder, in denen diese Zusammenarbeit am wenigsten vorangetrieben wurde, obwohl die Verantwortlichen der Sozialhilfe den beruflichen Wiedereinstieg weitgehend an die regionalen Arbeitsvermittlungszentren delegieren, freilich ohne grossen Erfolg. Wie andere Länder auch haben Dänemark und Grossbritannien für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger eine zentrale Anlaufstelle geschaffen.

Der Ausgang des Reformprojekts der Regierung Cameron ist noch offen. Bislang hat einzig in Deutschland eine Revolution stattgefunden, und zwar als der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe zusammensetzte, was ihn unter anderem dazu zwang, vorgezogene Neuwahlen herbeizuführen. Das Thema ist politisch ganz offensichtlich risikobehaftet. Der starke Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit der Inkraftsetzung des Gesetzes 2005 scheint für dessen Wirksamkeit zu sprechen. Allerdings halten die Forschenden fest, dass auch andere Faktoren mitgespielt haben, namentlich die ebenfalls Schröder geschuldete Deregulierung des Arbeitsmarktes. ■